

Stellungnahme zu den TOP 1 bis 4 der Ratssitzung am 13. April 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren im Zuhörerraum,
sehr geehrte Pressevertreter,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen!

Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Heinsberg muss sich der Rat der Stadt Heinsberg mit einem Bürgerbegehren/Bürgerentscheid beschäftigen.
Der Grund dafür ist eigentlich ein trauriger, denn es stehen - wohl oder übel - Schulschliessungen im Bereich der städtischen Grundschulen an.
Die Forderung der IG Schulleiter und den Inhalt des Bürgerbegehrens kann die SPD-Fraktion vollkommen nachvollziehen.

Wenn man die geleisteten Unterschriften von 9.518 in Summe sieht und man annimmt, dass die ungültigen Stimmen bei den bis dato seitens der Verwaltung ausgewerteten Unterschriften sich gleich bleibend verhalten, dann kommen wir auf ca. 12,5 % ungültige Stimmen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass ca. 8.300 gültige Stimmen abgegeben worden sind, ein für die SPD-Fraktion beeindruckendes Votum der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen diese Zahl zeigt, was die Bevölkerung von den von Ihnen voreilig beschlossenen Schulschliessungen in Kempen und Unterbruch hält. Ich sag es in aller Deutlichkeit: **“Nichts!”**

Nicht das Sie uns wieder falsch zitieren bzw. aus dem Sachzusammenhang herausgefilterte Sätze vorwerfen, sehr geehrter Herr Storms, ja auch wir von der SPD-Fraktion sind uns im Klaren, dass es zu Schließungen von Schulstandorten kommen kann und wahrscheinlich auch wird.

Wir sind nur im Gegenteil zu Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Auffassung dass Ihre politischen Schnellschüsse irreparable Fehler sind.

Was wir brauchen, ist ein schlüssiges Schulentwicklungskonzept mit einer umfassenden Schulentwicklungsplanung. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass ein solches Konzept innerhalb der nächsten zwei Jahre erstellt werden kann.

Dann könnten beispielsweise auch die Erkenntnisse aus dem seit geraumer Zeit vorliegenden Gutachten des Prof. Dr.-Ing. Fastabend bezüglich der Grundschule Grebben berücksichtigt werden. In diesem Gutachten wird u. a. zum Grundwasserstand ausgeführt: (Zitat) **„Es wird empfohlen, kurzfristig über diesen Zeitraum hinaus, Planungen für Ersatz- oder neue Quartiere anzustellen.“** (Zitatende)

Dieser Satz verdeutlicht doch in aller Klarheit, dass hier ein Handlungsbedarf gegeben ist.

Wenn dann noch der neue Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Norbert Krichel, in seiner Haushaltsrede bei der vergangenen Ratssitzung erwähnt, dass die Umsetzung der gemeinsamen Beschulung der Karkener und Kempener Grundschulklassen im Karkener Grundschulgebäude wohl nicht zum Schuljahr 2016/2017 erfolgen und somit Kempen noch nicht geschlossen werden kann, dann muss doch jedem klar sein, dass hier „Holland in Not“ ist, und das Handlungsbedarf und daher Planungsbedarf besteht.

Auch wenn kein gesetzlicher Anspruch besteht, darf man aus Sicht der SPD-Fraktion das Thema OGS (Offene Ganztagschule) nicht außer Acht lassen. Einer Stadt wie Heinsberg steht es gut zu Gesicht mit der Zeit zu gehen und den Bedarf an OGS Plätzen zu mindestens 95 % abzudecken.

Hierzu wäre eine Analyse erforderlich, an welchen Standorten wie viele OGS Plätze angeboten werden und wie hoch die Nachfrage in Zukunft aussieht und gesichert werden kann.

Die Schulstandorte, die erhalten bleiben, müssen vom Angebot und vor allem von der Ausstattung her, auf ein einheitliches Level gebracht werden.

Auch aus diesem Grund darf es aus Sicht der SPD-Fraktion keinen Mietvertrag zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Heinsberg bezüglich der Don Bosco Schule über den Zeitraum Sommer 2018 hinaus geben.

Ansonsten werden Tatsachen geschaffen, die eine faire und objektive Betrachtung und Planung beeinträchtigen.

Das sind nur wenige Punkte, die allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Heinsberg klar machen müssten, dass die Schulpolitik der CDU zum wiederholten Male krachend gescheitert ist.

Die aufgestellten Kosten in Höhe von insgesamt 54.000,-- €, die ein Bürgerentscheid kosten soll, kann sich die Stadt Heinsberg nach Auffassung der SPD-Fraktion sparen.

Aus diesen Gründen reicht der SPD-Fraktion das Ergebnis des Bürgerbegehrens und wir benötigen **keinen** Bürgerentscheid.

Die SPD Fraktion wird daher mit Ja stimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.